

Protokoll Eine Welt Landeskonferenz 15.03.2014, GSI (Gustav-Stresemann-Institut Bonn e.V.)

Workshop 8: Was hat *mein iPhone* mit *eurer Krise* zu tun? – Konflikte, Flucht und Migration in einer globalisierten Welt

Referenten: Dr. Jean-Gottfried Mutombo, Amt für missionarische Dienste / Serge Palasie, Forum für soziale Innovation gGmbH

Moderation: Serge Palasie

Protokoll: Jana Firouzkhah, Forum für soziale Innovation gGmbH,

Herr Dr. Mutombo eröffnet den Workshop mit einem Impulsreferat zum Thema Coltan-Abbau im Kongo. Im Folgenden wird das aufgeführt, was ab der offen moderierten Diskussion im Austausch mit den Teilnehmenden behandelt worden ist.

Die undurchsichtige Situation im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK), die kaum vorhandene Kontrolle, die de-facto-Abwesenheit des staatlichen Erzwingungsapparates in der Konfliktregion und weitere Faktoren begünstigen ein Setting, in dem Menschen dauerhaft willkürlicher Gewalt ausgesetzt sind und ausgebeutet werden. In Bezug auf den oftmals menschenunwürdigen Coltan-Abbau würden NGOs zwar Gespräche mit den vor Ort tätigen transnationalen Konzernen führen, damit diese zumindest eine Teilverantwortung übernehmen; da es sich aber oft um Warlords, eigenmächtig Tätige (also Akteure, die nicht im Namen eines Konzern agieren) handelt, welche Coltan abbauen lassen und an Zwischenhändler verkaufen, besteht in einem nur begrenzten Umfang die Möglichkeit, dem Problem effektiv zu entgegnen. Wichtig sei laut Herrn Dr. Mutombo, dass das Land effektiv von einer Regierung regiert wird. Erst dann kann das Problem wirksamer angegangen werden.

Einen Zuhörer aus dem Publikum interessiert, inwieweit die kongolesische Armee Kontrolle habe und ob die Rebellen von außen mit Waffen unterstützt würden, um die Regierung zu schwächen. Entgegnet wird ihm, dass die Kontrolle durch die Zentralregierung und ihres Erzwingungsapparates – also Polizei und Armee – äußert begrenzt ist. Zwischen der Hauptstadt im Westen der DRK und dem Osten liegt ein Regenwaldgebiet so groß wie Mitteleuropa; Infrastruktur sein kaum vorhanden. Da keinerlei Waffen vor Ort produziert werden, müsse angenommen werden, dass Waffen von außen in die Konfliktregion gelangen.

Ein anderer merkt an, dass die nicht existierende Zertifizierung von Coltan nur ein Teil des Problems sei. Der Kongo tauche beispielsweise nicht zwangsläufig auf der Liste der Coltan-Produzenten auf, sondern ersatzweise oftmals sein östlicher Nachbarstaat Ruanda, über den der begehrte Rohstoff international gehandelt wird. Gäbe es hier eine endgültige Lösung (wie etwa beim Diamantenhandel, wo eine theoretisch einwandfreie Methode des Herkunftsnachweises eine relativ zuverlässige Zertifizierung erlaubt)?

Herr Dr. Mutombo entgegnet, dass die Initiativen auf verschiedenen Ebenen stehen würden. (Beispielsweise habe er an einem Revidierung-Prozess von Verträgen teilgenommen, die bis 2003 entstanden waren, als das Land geteilt gewesen war. Jede der damaligen Kräfte, die in den Jahren nach Mobutus Sturz jeweils den Anspruch erhoben, die offizielle Regierung zu stellen (insg. 5), habe Verträge mit internationalen Firmen unterschrieben, die mehr oder weniger direkt die Interessen der jeweiligen Rebellengruppen vor Ort unterstützt haben. Mit der Beendigung dieses Zustands hat man die Revidierung der Verträge (insg.61) durchsetzen können. Generell gäbe es auf regionaler und nationaler Ebene Bemühungen. Dr. Mutombo versuche, neue Schritte zu gehen, um die Frage zu lösen.

Östliche Nachbarstaaten der DRK – vor allem Ruanda, aber auch Uganda – würden vom Coltan-Abbau im Kongo profitieren. Ein Grund dafür sei das Vorhandensein von internationalen Flughäfen. Auch die relative Stabilität dieser Staaten im Vergleich zur DRK spiele hierbei eine Rolle. Lösungsansatz: Demokratisierung und Transparenz vor Ort – also in der DRK – fördern. Wenn zurzeit überhaupt ein Teil des Gewinns im Land selbst bleibt, dann flösse dieser in die Hauptstadt Kinshasa, trotz einer Regelung in der Verfassung, die der Region mit den Coltan-Vorkommen theoretisch einen Anteil von 40 Prozent zusichert.

Ein/e Teilnehmer/in möchte wissen, ob ein Anfang März in Brüssel gefasster Beschluss, der den Import von Bodenschätzen aus Kriegs- und Krisengebieten unterbinden will, bindend sei und wie realisierbar solche Beschlüsse überhaupt seien könnten.

Was vom Fairphone zu halten sei, ist eine weitere Frage der Teilnehmenden. Einige NGOs – so eine Teilnehmerin – würden das Fairphone befürworten. Festgehalten wird letztlich, dass es zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung sei.

Weiter stellen sich einige Teilnehmende die Frage, ob man mit einem generellen Verbot der Einfuhr von Coltan aus Kriegs- und Krisengebieten nicht „das Kind mit dem Bade auszuschütten.“ Stattdessen sollten die Bedingungen für Kleinschürfer fairer werden. Es gäbe einen Deutschen im Kongo, der versuche, die Zertifizierung von kleinen Minen mit guten Arbeitsbedingungen voranzutreiben.

Dr. Mutombos Einschätzung ist, dass der rechtliche Handlungsrahmen der Firmen sehr breit ist. Firmen sollten die Umstände beim Abbau von Rohstoffen prüfen. Man müsse einen Prozess der Transparenz entwickeln, damit Firmen gezwungen seien, Verantwortung zu übernehmen. Das müsse auch und gerade die großen Konzerne betreffen. Denn so positiv die erwähnten „kleine Schritte“ sind, müsse klar sein, dass sich grundlegend nur dann etwas flächendeckend ändere, wenn auch die großen und einflussreichen Akteure mit ins Boot geholt werden können.

Die Langwierigkeit bzw. die Stagnation dieses Prozesses illustriert Dr. Mutombo, indem er Bezug auf alte Schwarz-Weiß-Bilder und aktuelle Bilder von im Bergbau beschäftigten Arbeitern genommen hat: Abgesehen von der Farbe der Bilder seien kaum Unterschiede auszumachen – etwa in Bezug auf die erbärmlichen Arbeitsbedingungen sowie auf mangelnde Sicherheitsvorkehrungen.

Eine Stimme aus dem Publikum merkt an, dass es keine Lösung sei, kein Coltan mehr aus Konfliktregionen zu importieren. Wenn die Firmen stattdessen verstärkt Coltan aus Kanada oder Australien importierten, müsse auch hier – trotz aller gravierenden Unterschiede zur Situation in der DRK – sichergestellt werden, dass der Abbau fair und umweltverträglich

geschieht. Weiter fragt sich die Person, was mit den Menschen vor Ort passieren würde, wenn Coltan aus dem Kongo nicht mehr gekauft werde. (O-Ton:) „Wäre es nicht besser, die Menschen dort fairer zu behandeln und zu bezahlen? Sie sagten, Deutschland hätte schon einiges getan. Was hat Deutschland getan? Was erwarten sie von der Bundesregierung? Was kann die Zivilgesellschaft tun? Was kann die Politik tun, um fairere Bedingungen zu schaffen?“

Herr Dr. Mutombo antwortet zuerst auf die letzte Frage. Es habe 2003 in Brüssel eine Kampagne („Was hat mein Handy mit dem Krieg im Kongo zu tun“) gegeben, die auf Bundesebene wahrgenommen worden sei. Abgeordnete hätten die DRK besucht und das Problem sei stärker in den Fokus der deutschen Politik gerückt. Der Druck seitens der Regierung sowie der Zivilgesellschaft bewog auch einige Akteure, die nicht verneinen konnten, dass sie Coltan auch aus der Konfliktregion beziehen, vollständig vom Geschäft Abstand zu nehmen. Aber selbst wenn man bejaht, als Firma „sauber“ zu sei, ist die Sache nicht so einfach: Die deutsche Firma Starck hat eine Tochterfirma in Kasachstan, und woher diese ihr Coltan bezieht und ob sie den Rohstoff an die deutsche Mutterfirma weitergibt, sei eine andere Frage.

Weiter zu den deutschen Anstrengungen, eine Lösung des Problems zu finden: Deutsche Institutionen (GIZ und die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe) arbeiten an einem EU-Zertifizierungsverfahren mit, das künftig zumindest theoretisch keine Fragen bei der jeweiligen Herkunft von Coltan mehr offen lassen dürfte.

Außerdem sei der Chef der zurzeit im Kongo eingesetzten UNO-Friedenstruppe ein Deutscher, der sich sehr engagiert dafür einsetze, dem bewaffneten Konflikt durch die unterschiedlichen Rebellengruppen entgegenzuwirken. Dies solle man unterstützen. Die Uno werde Ende März über eine Verlängerung der Einsatzdauer von einem Jahr entscheiden.

Die Idee, das Handy als Alltagsgegenstand zu boykottieren, sei keine Lösung, auch weil Coltan-Vorkommen nicht ausschließlich in der DRK zu finden sind. Für Dr. Mutombo sei die beste Lösung, kein Coltan aus Krisengebieten zu kaufen. Man könnte versuchsweise ein bis zwei Jahre kein Coltan aus dieser Region kaufen, um zu sehen, wie sich die Situation entwickelt. Vor dem Coltan-abhängigen Boom der IT-Branche sei es auch möglich gewesen, im Osten des Kongos sein Auskommen zu haben – und wenn teilweise „nur“ mit Subsistenzwirtschaft.

Zu Waffen: Für die Macht über die Menschen und den Boden in der Region brauche man Waffen, deswegen sei die Rolle des Waffenhandels zentral. Oftmals wird Coltan unmittelbar mit Waffen bezahlt.

Ein kritischer Teilnehmer hakt nach. Die Interessen bezüglich Ressourcen seien sehr vielfältig. Um die Konflikte zu lösen, bedürfe es vieler Schritte. Es sei daher schwer zu sagen, es gebe nur eine Lösung. (O-Ton:) „Wir müssen auf verschiedenen Ebenen arbeiten.“ - Auf lokaler, nationaler oder internationaler Ebene. Wenn ein Konflikt über Jahre gehe, würden verschiedene Strukturen entstehen, bei denen schwer erkennbar sei, wer die jeweiligen Akteure dahinter sind (Privatwirtschaft vom kleinen Unternehmer vor Ort bis hin zu transnationalen Konzernen, Händler, verschiedene politische Ebenen (u.a. national vs. international),...). Einige dieser halboffiziellen Strukturen würden eine Art Parallelgesellschaft bilden, die man durch unsensible Maßnahmen zerstöre; dies würde aber auch den unzähligen von dieser Wirtschaft abhängigen Menschen abrupt die Lebensgrundlage nehmen.

Eine Teilnehmerin stellt die Rolle der (westlichen) Weltkonzerne dar, deren Selbstvermarktungsstrategie „Social Responsibility“ ihrer Meinung nach nur aus leeren Worthülsen bestehe. Was setze der Westen (USA, Kanada, Europa) konkret um? Wenn die deutsche Gesellschaft eine Öffentlichkeit durch Maßnahmen im eigenen Land schaffen würde, könne etwas bewirkt werden.

Es sei ein Teufelskreis. Wenn Lebensgrundlagen und Recht auf Land geschaffen werden, könne der Waffenabhängigkeit etwas entgegen gesetzt werden. An diesem Punkt sei die Arbeit von NGOs gefragt, die in diesem Prozess Unterstützung leisten könne.

Wenn sich westliche Werte und Moralvorstellungen durchsetzen würden und sich in Folge dessen westliche Firmen zurückzögen, würden chinesische Konzerne, die sich weit weniger für die Etablierung und Einhaltung von Standards einsetzen würden, die entstandene Lücke füllen – so die Teilnehmerin.

Herr Dr. Mutombo entgegnet, dass es klar sei, dass sich Konzerne in einem bestmöglichen Licht präsentieren; hier könne aber die Zivilgesellschaft hinterfragen, aufdecken, richtigstellen und somit entsprechende Konzerne moralisch demontieren. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, dass zunehmend auf europäischer Ebene zusammengearbeitet wird. Er weist auch darauf hin, dass man nicht nur aus der Ferne agieren kann, sondern Informationen von den Menschen vor Ort brauche, um solche Firmen enttarnen zu können. So geschehen etwa 2009, als er in Lubumbashi gewesen war, um dort die angeblichen sozialen Projekte eines ausländischen Konzerns im Wert von zwei Milliarden US-Dollar zu begutachten. Er habe jedenfalls nichts vorgefunden und auch die ortsansässige Bevölkerung wusste von nichts.

Als wichtigen Akteur vor Ort nennt er die Kirche. Sie habe großes Gewicht, weil ca. 90 Prozent der kongolesischen Bevölkerung gläubige Christen sind. Gleichzeitig betont er aber auch die finanzielle Schwäche der Kirche. Deshalb solle man in Deutschland Organisationen finden, die sich mit den Themen Frieden, Menschenrechte und Entwicklung beschäftigen, wie z.B. das „Ökumenische Netz Zentralafrika“ in Berlin, das im Kongo sehr aktiv ist.

Es meldet sich eine Teilnehmerin zu Wort, die eine Frage zum Fairphone hat, dass Herr Dr. Mutombo in seinem Input erwähnt hat. Sie möchte wissen, wie fair diese Produkte wirklich seien. Ob das Fair-Siegel zu einem Geschäft geworden sei. Wie sehr ist das Fair-Siegel zum Geschäft geworden? Wie transparent sind die Bedingungen für das Siegel?

Dr. Mutombos Antwort ist kurz und ernüchternd: (O-Ton:) „Das ist schwer zu überprüfen. Es ist ein Wunsch, dass diese Handys mit sauberem Coltan hergestellt werden.“

Eine Teilnehmerin aus dem Publikum ist mit dieser Antwort nicht einverstanden. Aus ihrer Sicht statuiere das Fairphone ein Exempel hinsichtlich der Schaffung von Transparenz, fairer Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit. Auch der Preis (325€) sei im Vergleich zu konventionellen Mobilfunktelefonen nicht zu teuer und entkräfte das Argument der Firmen, dass Coltan aus Krisengebieten abgebaut werde, damit die Geräte bezahlbar bleiben würden. Der Verkauf des Fairphones im Internet laufe jedenfalls gut.

Ein Anwesender bringt den Aspekt ein, dass Rohstoffreichtum nicht der Garant für eine wachsende Wirtschaft sei und man aufpassen müsse, dass in von ausufernder Korruption geplagten Ländern die Menschenrechte gewahrt und die labilen Systeme stabilisiert würden.

Zur Forderung nach einer Demokratisierung entgegnet Dr. Mutombo, dass die ersten Wahlen nach der Unabhängigkeit erst 2006 stattgefunden haben. Bildung sei unter anderem auch die Voraussetzung für ein zunehmendes Demokratieverständnis.

Eine Teilnehmerin weist darauf hin, dass der internationale Austausch zwischen Privatpersonen und NGOs wichtig sei, da Rohstoffabbau ein globales Gewinngeschäft sei, dem man auch global entgegenzutreten müsse. Gerade die Bevölkerung westlicher Staaten, welche vielfach eine koloniale Vergangenheit aufweisen, die als Grundlage des heutigen Weltwirtschaftssystems mit all seinen Verwerfungen anzusehen sei, müsse sich aktiv an der Veränderung hin zum Positiven beteiligen. Kapitalistische Konzerne müssten unter Druck gesetzt werden.

Nach einem kurzen Überblick über den Zusammenhang von (rohstoffbedingten) Krisen und Kriegen einerseits und Migration (von Binnenmigration bis hin zu interkontinentaler Migration) andererseits sowie einer kurzen Beschreibung der Tätigkeitsfelder der Fachstelle Migration und Entwicklung NRW durch Serge Palasie richtet sich die letzte Wortmeldung wieder an den Hauptreferenten Dr. Mutombo.

Auf die Frage, wer für die Ermordung des kongolesischen Präsidenten Laurent-Désiré Kabila, der die unkontrollierten Rohstoffexporte eindämmen wollte, 2001 verantwortlich gewesen sei, bezieht er sich auf den Gerichtsprozess, der keine Antwort gebracht hatte. Es werde lange – so Herr Dr. Mutombo – dauern, um diese Frage zu beantworten. Im Fall von Patrice Lumumbas Ermordung habe man über vier Dekaden warten müssen.